

Keine Hilfe durch Ministerin Höfken bei Saatkrähen-Problem für Landauer Bürgerinnen und Bürger

Auf Anfrage der CDU-Landtagsabgeordneten Christine Schneider nimmt die rheinland-pfälzische Umweltministerin Höfken Stellung zur Saatkrähen-Problematik in Landau. Höfken sieht keinen Anlass helfend einzugreifen.

Sonntag, 9. Juli 2017 // 11:46 Uhr

In einem persönlichen Brief erkundigte sich die Abgeordnete Christine Schneider bei der rheinland-pfälzische Umweltministerin Ulrike Höfken über eine mögliche Unterstützung bei der Saatkrähen-Problematik in Landau. Bereits seit einigen Jahren haben die Anwohner und Gewerbetreibende in bestimmten Stadtbezirken mit einer Vielzahl an Krähen zu kämpfen, die Gegenstände verschmutzen und zerstören sowie starken Lärm verursachen. Von Seiten kommunaler Politiker wurden mögliche Lösungen gesucht und ein Runder Tisch eingerichtet. Zudem schlugen sie die Unterstützung durch die Universität Landau vor, die eine mögliche Untersuchung zur Lösungsfindung leiten könnte.

Die Ministerin zeigt in ihrem Schreiben wenig Verständnis für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger und sieht keinen Anlass helfend einzugreifen. Das einzig adäquate Mittel sei eine Vergrämung der Saatkrähenpopulation, so die Ministerin. Diese würde jedoch, wie bereits bei einem Vor-Ort-Gespräch mit Experten geklärt, zwischen 10 bis 15 Jahren in Anspruch nehmen. Auch Ministerin Höfken verwies auf den Runden Tisch, der auf Initiative der CDU-Stadtratsfraktion Landau initiiert wurde. Laut Umweltministerin Höfken bestehe darüber hinaus kein Bedarf an einem Forschungsprojekt, das die Problematik vor Ort lösen könnte.

„Leider zeigt sich die Umweltministerin sehr zurückweisend auf die Bitte um Unterstützung. Für die Bürgerinnen und Bürger, die gesundheitlich beeinträchtigt werden, und die Gastronomen, deren Existenz gefährdet ist, ist eine Vergrämung der Krähen, die mindestens 10 Jahre in Anspruch nehmen würde, keine realistische Alternative. Wir müssen zusammen mit den Experten an einer umweltverträglichen Lösung arbeiten, um ein Zusammenleben zwischen Tier und Mensch zu ermöglichen. Es kann nicht sein, dass sich die Ministerin dabei aus der Verantwortung nimmt und ohne erkenntlichen Grund das Wohlergehen der Tiere den Menschen vorzieht“, so die CDU-Abgeordnete Christine Schneider.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Wahlkreisbüro Christine Schneider

Tel.: 06341/934621

Mail: buero@christine-schneider.de

PI-Nr.: 17 06 14
Datum:
Sonntag, 9. Juli 2017